

Potsdams] *andere* [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Dezember 2012

Nr. 12 · 8. Jahrgang

Gute Aussicht

Neue Gesamtschule am Schlaatz

Für die Einrichtung einer neuen Gesamtschule am Schilfhof hatte im Oktober 2012 der Potsdamer Bildungsausschuss mit großer Mehrheit votiert. Nur Hannelore Knoblich (SPD) stimmte dagegen; Anke Michalske-Acioglu (SPD) enthielt sich. Die Fraktion DIE LINKE hatte das Thema auf die Tages-

ordnung gehoben und Druck gemacht, und der Bildungsausschuss sprach sich für das schnelle Verfahren aus. Die große Nachfrage nach Gesamtschulplätzen hatte im vergangenen Ü7-Verfahren, dem Übergang zur siebenten Klasse, dazu geführt, dass rund 100 Gesamtschul-Bewerber auf Gym-

nasien und Oberschulen umverteilt werden mussten. Aus Platznot war erst im vergangenen Jahr die Neue Gesamtschule in der Haecelstraße als vierte Potsdamer Gesamtschule eröffnet worden. Bereits vor anderthalb Jahren hatte die LINKE einen Antrag auf Errichtung einer neuen Gesamtschule eingebracht. Stefan Wollenberg begründete die Dringlichkeit mit dem anstehenden Ü7-Verfahren. „Die Eltern müssen wissen, ob es die Schule gibt oder nicht.“

Auch die Stadtverordnetenversammlung am 7. November bestätigte erwartungsgemäß das Vorhaben. Damit werde die Landeshauptstadt im kommenden Auswahlverfahren für weitergehende Schulen erstmals wieder genügend Gesamtschulplätze für alle Bewerber aus den jetzigen sechsten Klassen bereitstellen können, sagte der bildungspolitische Sprecher der LINKEN, Stefan Wollenberg, der den Antrag einbrachte. (Mehr Seite 8)



LINKE SPITZEN

„Königstreue“ Sozialdemokraten

Kolumne zur Bundestagswahl 2013 von Norbert Müller

„Unsere Königin wird den Kaiserwahlkreis holen!“ soll eine Delegierte auf der Aufstellungsversammlung von Andrea Wicklein (SPD) im Bundestagswahlkreis gerufen haben. Überraschen tut diese royalistisch-romantische Entgleisung eigentlich nicht. Immerhin ist Wickleins SPD bisher nicht gerade als Gegnerin der Barockisierung Potsdams aufgefallen. „Reiche und Schöne“ sollen sich in Potsdam wohlfühlen, der Rest wird aus der Innenstadt verdrängt.

Überraschend ist doch eher, wofür die Bundestagskandidatin der SPD alles neuerdings einsteht: Keine Privatisierung von öffentlichen Wohnungen, mehr sozialer Wohnungsbau, Angleichung der Ost-Renten, Austrocknung des Niedriglohnssektors, Einführung einer Vermögenssteuer. Wie, was? Man reibt sich verwundert die Augen. Ist Wicklein damit nicht fast ein Fall für den Verfassungsschutz oder wenigstens



ihre Mitgliedschaft in der SPD gefährdet? Kaum eine linke Position und Forderung, die vor der freundlichen Übernahme durch die SPD noch sicher ist. Links wirkt, möchte

man meinen und sich ehrlich freuen. Doch diese Versprechungen sind wenig wert.

1998 trat Rot-Grün mit dem Versprechen einer Modernisierung der Sozialsysteme an. Es folgte die Zerstörung der Rentenversicherung durch die sogenannte Ruster-Rente, 2003 dann die Agenda 2010 und Hartz IV. Schließlich die Deregulierung des Arbeitsmarkts und eine ungekannte Ausweitung von Niedriglohnjobs. In der Folge wurden Millionen Menschen in die Armut getrieben, gezwungen, jede noch so miese und schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen. Als die Wähler der SPD zu Millionen frustriert den Rücken zuehrten, versprach Gerhard Schröder 2005 die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und die Verhinderung einer Mehrwertsteuererhöhung. Der gesetzliche Mindestlohn scheidet

(Fortsetzung auf SEITE 2)

In dieser Ausgabe

LINKS INFORMIERT

3 Kreisparteitag der Partei DIE LINKE.Potsdam – Vorstand gewählt/DIE LINKE.Brandenburg geht selbstbewusst in die Wahlkämpfe/Norbert Müller: „Ich lasse mich nicht stigmatisieren!“

SCHWERPUNKT: WALDSTADT UND SCHLAATZ

6-8 Schulen in Waldstadt und am Schlaatz/Aus dem Ortsverband Potsdam-Süd berichtet/Neuer Standort für die „Potsdamer Tafel“ / Wettbewerb Brauhausberg

LINKS IM LAND

9 Linke Minister auf der Regionalkonferenz

WAHL-PROGRAMM

10 Der Weg zum besten Wahlprogramm aller Parteien



Informationen der Redaktion

Die Redaktionssitzung für unsere erste Ausgabe in 2013 findet am Dienstag, 4. Dezember 2012, ab 16.30 Uhr, in der Geschäftsstelle DIE LINKE.Potsdam, in der Dortustraße 53 statt. Inhaltliche Schwerpunkte bilden für diese Ausgabe die Bereiche Potsdam-Mitte und die Nördlichen Ortsteile. Die Januarausgabe ist dann ab Freitag, 4. Januar, in der Geschäftsstelle abzuholen.

„Subbotnik“ am Griebnitzsee



„23 Jahre nach der Wende erkämpfen sich Bürger erneut ihren freien Uferweg“, betonte LINKEN-Kreischef Sascha Krämer und packte mit an am 10. November 2012 beim „Subbotnik“ für einen freien Uferweg am Griebnitzsee. Mit dabei auch LINKEN-Fraktionsvorsitzender Hans-Jürgen Scharfenberg, der „die gute Arbeit der Verwaltung“ bei der Erstellung des B-Planes lobte. Ziel sei, „den Weg frühstmöglich frei zu bekommen und dafür alle Mittel zur Anwendung zu bringen, die rechtsstaatlich geeignet sind“ – so Scharfenberg. So setzten u. a. linke Stadtpolitiker und rund 40 weitere BürgerInnen mit Heckenscheren und Spaten quasi Zeichen. Wie von der Initiative „Griebnitzsee für alle“ zu erfahren war, sollen weitere, derartige Arbeitseinsätze folgen. Foto: Warseck

LINKE weist Kritik Wickleins entschieden zurück:

SPD müsste Betroffenen endlich Rote Hilfe sein

Die Potsdamer Bundestagsabgeordnete Andrea Wicklein (SPD) kritisierte Norbert Müller dafür, dass er Mitglied der Roten Hilfe sei, da diese vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Damit hätte er sich nach ihrer Aussage delegitimiert. Frau Wicklein scheint jedoch zu vergessen, dass auch die ehemalige Juso-Vorsitzende Franziska Drohse Mitglied der Roten Hilfe war, und dass es in Deutschland Repressalien gegen linksgerichtete Menschen gibt, wie insbesondere an den verlangten Geruchsproben von G8-Gegnern im Vorfeld von Heiligendamm zu sehen ist. Und der Verfassungsschutz, der

zumindest auf Bundesebene offenkundig auf dem rechten Auge blind ist, sollte auch nicht als Autorität zur Delegitimierung von Norbert Müller herhalten. Hierzu erklärt der Kreisvorsitzende Sascha Krämer: „Statt solch billige Wahlkampfpolemik abzulassen, sollte sich Frau Wicklein fragen, warum es eigentlich die Rote Hilfe gibt. Denn es war wesentlich die SPD-Politik der Vertiefung der Gegensätze zwischen arm und reich, aber auch der Kriegsführung, die in nicht unerheblichen Teilen verfassungswidrig war. Ebenso sollte sich Frau Wicklein daran erinnern, dass die alte SPD früher auch so

etwas wie eine Rote Hilfe der Arbeiterbewegung war. Davon kann jedoch heute keine Rede mehr sein. Frau Wicklein versucht von ihrem fehlenden politischen Profil abzulenken mit so einer billigen Polemik. Wir würden uns freuen, wenn die SPD heute wieder eine Rote Hilfe für die sozial Schwachen wäre, dann bräuchte es auch die heutige Rote Hilfe nicht. Solange dies aber nicht so ist, sollte Frau Wicklein sich mit jeglicher Skandalisierung der Mitgliedschaft in der Roten Hilfe zurückhalten. Oder besser selbst eintreten, um die Folgen von SPD-Politik berichtigen zu können.“

Katherina Reiche: Die Kalte Kriegerin

„Heftig griff Reiche DIE LINKE als Nachfolgeorganisation der SED an – diese Partei habe sich zwar mehrfach gehäutet, doch zeige sich immer die gleiche hässliche Schlange. DIE LINKE sehe die Gleichheit als Voraussetzung für die Freiheit an – aus dieser Ideologie seien auch die Gulags von Stalin entstanden“, so war es der Lokalpresse zu entnehmen. Mit solchen Thesen aus der Zeit des „Kalten Krieges“ konnte Katherina Reiche offensichtlich die Mehrheit ihrer Parteigänger bei der Kampfabstim-

mung am 20. Oktober 2012 zwischen ihr und der geschassten Saskia Ludwig um den begehrten CDU-Bundestagskandidaturplatz im Wahlkreis 61 „gewinnen“.

Die Chefin der CDU hat damit im Duktus des Kalten Krieges getötet. Das wäre an sich schon bemerkenswert – wenn die CDU und die Dame Reiche in Potsdam bemerkenswert wären. Ist sie aber nicht. Von ihr kommen selten Impulse, ihre Politik ist so erwartungsgemäß privatisierungstrunken wie Oberschichtenaffin, soziale Fragen

interessieren sie kaum. In ihrer politischen Arbeit sucht Frau Reiche eher die Splitter in den Augen anderer, sieht aber nicht die eigenen Balken. Stimmt das Feindbild, stimmt das Weltbild. Katherina Reiche schürt Ressentiments gegen Homosexuelle. Letztlich steht sie nicht für eine offene Gesellschaft. Wenn Frau Reiche so handeln würde, wie es sich für humanistisch gebildete Menschen geziemt, dann würde sie erkennen, dass Freiheit ohne Befreiung nichts ist. -red/sk

„Königstreue“ Sozialdemokraten

(Fortsetzung von SEITE 1)

terte im Bundestag später an der SPD und die Mehrwertsteuer wurde unter dem Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) kräftig erhöht.

Ob Ausweitung der Leiharbeit, Rente mit 67, Hartz IV: Die Abgeordnete aus Potsdam

war immer dabei – auf Andrea Wickleins Zustimmung war Verlass.

Stimme der sozialen Opposition war DIE LINKE. Sie hat unablässig für den Mindestlohn, gerechte Renten und eine Arbeitslosenversicherung gekämpft, die Erwerbslose nicht wie ein Bandit ausplündert. Die Links-privouetten, die die SPD jetzt dreht, sind

durchsichtig. Ohne den Druck der LINKEN wird es selbst im unwahrscheinlichen Falle eines Rot-Grünen Wahlsieges weder einen arbeitsstärkeren gesetzlichen Mindestlohn geben, noch eine Angleichung der Ost-Renten oder gar eine effektive Besteuerung höchster Vermögen und Einkommen.

Es gilt: Je stärker DIE LINKE ist, desto sozialer wird das Land werden.

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“ Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt.

HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Sascha Krämer**, Vorsitzender. Dortustraße 53, 14467 Potsdam.

REDAKTION: medienpunkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk**, Redakteur; **H. Jo. Eggstein**, Layout; **Jens Hörnig**, Reisen, Service; **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;

ANZEIGEN: Sekretariat.

BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00

„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.

BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv, FfH (S. 1), 11 BS (S. 7)

DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

DIE LINKE in Potsdam:

Modern und traditionsbewusst

Kreisparteitag DIE LINKE.Potsdam in der Aula des Humboldt-Gymnasiums

Diese schlagkräftige Mannschaft (FOTO) wurde am 24. November 2012 in den Kreisvorstand der Partei DIE LINKE.Potsdam gewählt: Sascha Krämer, der Vorsitzende; Andrea Grunert und Ronny Besancon, die beiden Stellvertreter, Detlef Janson, der Geschäftsführer, Alexander Frehse, der Schatzmeister, sowie die Vorstandsmitglieder Bianca Bastian, Miriam Bürger, Sandra Dahlmann, Moritz Kirchner, Matthias Lack, Juliane Tietz, Jana Schulze und Günther Waschkuhn. In der Mehrzahl junge Leute und einige ältere, bewährte GenossInnen.

„Unser eigener Anspruch als Kreisvorstand war und ist es, eine moderne und zugleich traditionsbewusste LINKE zu schaffen, die in die Stadt und die Bevölkerung ausstrahlt, insbesondere für junge Menschen attraktiv ist und auf der Höhe der Zeit mit den Menschen kommuniziert. Wir pflegen einen kooperativen Führungsstil. Wir haben ernsthaft und konzentriert für diese Partei gearbeitet, aber sind auch nicht zum Lachen in den Keller gegangen. Und obwohl wir ein relativ junges Kreisvorstandskollektiv waren, wissen wir, dass die Ehrungen für Karl und Rosa nicht Polit-Folklore sind, sondern eine Mah-

nung an uns alle, im Sinne der Menschen zu wirken und die langen Traditionen zu schätzen und zu pflegen, in der wir als LINKE stehen“, so war es im mit viel Beifall bedienten Rechenschaftsbericht zu lesen und zu hören.

Nach zwei Jahren ohne eine Wahl, stehen nun zwei Jahre mit vier Wahlen an: Bundestagswahl, Europa- und Kommunalwahl und abschließend die Landtagswahl. Dieser umfassende Wahlzyklus stellt auch die

Potsdamer LINKE vor umfassende Herausforderungen. Inhaltlich sind das solche Themen wie „Bezahlbarer Wohnraum“, der Erhalt der Potsdamer Alternativkultur, der Kampf für öffentliches Eigentum und eine lebendige und differenzierte Gedenkkultur. Daueraufgabe aber bleibt: Die konkreten Lebensbedingungen aller Menschen in Potsdam zu verbessern. Oder, wie es DIE LINKE prägnant auf den Punkt gebracht hat: „Ein Potsdam mit allen für alle“.



Selbstbewusst in die Wahlkämpfe 2013/2014

Landesvorsitzender DIE LINKE, Stefan Ludwig, zur jüngsten Landesvorstandssitzung

Am 2. März 2013 wird DIE LINKE. Brandenburg ihre Landesliste zur Bundestagswahl aufstellen. Die Vorbereitungen dazu laufen auf Hochtouren. Die ersten drei Direktkandidaten wurden nominiert. Kirsten Tackmann im Wahlkreis 56, Thomas Nord im Wahlkreis 63, und Diana Golze im Wahlkreis 60. Bis Ende Januar 2013 werden in allen 10 Wahlkreisen die Kandidat/innen nominiert sein. Ich freue mich, ebenso wie der Landesvorstand der LINKEN, dass Diana Golze ihre Bereitschaft erklärt hat, in Brandenburg die Landesliste als Spitzenkandidatin anzuführen. Wir unterstützen ihre Kandidatur ausdrücklich. Nicht nur wegen des damit eingeleiteten Generationswechsels, sondern wegen ihrer ausgewiesenen Kompetenz in den Bereichen Kinder- und Jugendpolitik, Arbeit und Soziales.

Unser Ziel ist es, die Ergebnisse von 2009 zu stabilisieren. Dafür ist Diana Golze ein Garant. Die Bundesrepublik braucht eine starke LINKE, die gegen den neoliberalen Mainstream angeht. Dass wir etwas erreichen können und auch in der bundespolitischen Opposition ein Umdenken ermöglichen, zeigen u. a. die aktuellen Debatten über einen gesetzlichen, branchenübergreifenden Mindestlohn, über ein Umdenken in Richtung öffentlich geförderter Beschäf-

tigung, bei den Hartz-IV-Reformen und bei den Asylbewerbergesetzen. Das anerkennen die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land.

DIE LINKE wird als Partei der sozialen Gerechtigkeit nicht zu überhören sein. Dazu erörtert Diana Golze: „Die Abschaffung der Praxisgebühr zeigt: LINKS wirkt! In vielen Fragen vertreten wir die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung, deshalb werden wir in Land und Bund gemeinsam soziale Alternativen aufzeigen.“

Priorität der LINKEN in Brandenburg bleibt die Bildungspolitik. Der Landesvorstand hat sich in seiner Sitzung mit der Bildungsministerin darüber beraten und deutlich gemacht, dass wir weiter am Projekt der Gemeinschaftsschule arbeiten werden. Darüber hinaus hält der Landesvorstand an seiner Forderung fest, im gesamten Land die Bildungschancen für alle Kinder zu gewährleisten. Im Kita-Bereich soll weiter an der Verbesserung des Betreuungsschlüssels gearbeitet werden. Einigkeit bestand zudem darüber, dass für den Einsatz von Bundeswehrjugendoffizieren an den Schulen auch weiterhin keine vertragliche Vereinbarung angestrebt wird.

Ein weiterer Schwerpunkt der Sitzung war die menschenwürdige Unterbringung von Asylbewerbern, die derzeit Zuflucht in

unserem Land suchen. Der Landesvorstand appellierte an die Landkreise, die Gutscheinpraxis aufzugeben und zu Bargeldleistungen überzugehen. Zudem sollen überwiegend Unterkünfte in Wohnungen angestrebt werden.

Beim Landesparteitag am 2. Dezember 2012 in Frankfurt (Oder) begann der Leitbilddiskussionsprozess der Brandenburgischen LINKEN. Der Entwurf des Leitbildes wurde in der LV-Sitzung erstmals beraten. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende, Christian Görke: „Die Fraktion hat in den vergangenen Monaten intensiv am Leitbildentwurf gearbeitet. Jetzt beginnt der öffentliche Dialog. Wir wollen damit für die Brandenburger nachvollziehbar und miterlebbar machen, dass Politik nicht nur für sich wirbt, nicht nur eitle Selbstdarstellung betreibt, sondern dass sie offen ist, dass es Möglichkeiten gibt, sich einzubringen, gehört zu werden, politische Inhalte mit zu bestimmen. Gemeinsam wollen wir am Ende die sozialen und ökologischen Standards bestimmen, die Brandenburg prägen sollen. Gemeinsam wollen wir Barrieren erkennen und abbauen, die tatsächlicher Chancengleichheit entgegen stehen. Die Gemeinschaftsschule dürfte dafür ein prägnantes Beispiel sein.“

„Ich lasse mich nicht stigmatisieren“

Von Norbert Müller, designerter Bundestagskandidat der Partei DIE LINKE im Wahlkreis 61

Am 26. Oktober 2012 erreichte mich eine e-mail der PNN mit einem Fragenkatalog zu meiner Mitgliedschaft in der Roten Hilfe. Ich gehöre der RH seit Jahren als nichtaktives Mitglied an, und hatte zu jedem Zeitpunkt einen offenen Umgang mit dieser, wie mit anderen Vereinsmitgliedschaften. In Bewerbungen um Ämter in Jugendverband und Partei habe ich meine Vereinsmitgliedschaften in der Regel aufgeführt, auf meiner Website sind sie seit 2008 öffentlich nachlesbar. Dies jetzt zu skandalisieren, ist ein durchschaubares Manöver. Als besonders bedenklich und auch demokratiefeindlich empfinde ich die von den PNN unter der Rubrik „Atlas“ gezeigte Verbindung zu meinem Lehramtsstudium. Offenbar soll jetzt schon öffentlich meine Eignung als Lehrer in Frage gestellt werden. Dies ist ein inakzeptabler Angriff auf meine Person.

Letztlich richtet sich dieser Angriff gegen DIE LINKE. Die PNN scheinen nicht mit dem Umstand zurecht zu kommen, diesmal nicht in der DDR-Vergangenheit eines Kandidaten der LINKEN wühlen zu können, um sich der Berichterstattung über seine Inhalte zu entziehen. Stattdessen wird eine Stigmatisierung als vermeintlicher „Linksextrémist“ versucht, um mich von vornherein als unwählbar darzustellen. DIE LINKE wird sich aber von niemandem ihr politisches Personal diktieren lassen.

Die Verfassung wird nicht von der LINKEN oder gar der Roten Hilfe bedroht. Sie wird von jenen bedroht, die den demokratischen und sozialen Rechtsstaats systematisch zerstören (Riesterrente, Aushöhlung der Krankenversicherung, Privatisierungen der Vorsorge, Hartz IV etc.), den sogenannten Sicherheitsbehörden immer weitere Befugnisse versuchen einzuräumen (Bundeswehrein-sätze im Inneren, Zentralisierung von Geheimdiensten und zunehmende Verschmelzung mit der Polizei) und das Friedensgebot des Grundgesetzes permanent missachten (Kosovo-Krieg, Afghanistan).

Lin Jaldati in Amsterdam geboren

Dezember 1912

Am 13. Dezember 1912 wurde Rebekka Brillleslijper – ihr Künstlername war Lin Jaldati – als Tochter eines jüdischen Amsterdamer Obst- und Gemüsehändlers geboren. Die weltbekannte Tänzerin, Sängerin und Schauspielerin kämpfte mit ihrem Ehemann Eberhard Rebling im niederländischen antifaschistischen Widerstand. Im Juli 1944 wurde sie verhaftet, in das Lager Westerbork gebracht und später nach Auschwitz und Bergen-Belsen transportiert. Bei ihrer Befreiung durch britische Truppen lag sie bereits im Koma und überlebte nur durch intensive Hilfe. Im Jahr 1952 übersiedelte die Familie auf Anraten von Freunden – unter anderem auch von Anna Seghers – in die DDR. Als



überzeugte Kommunistin galt sie lange Zeit als die einzige offizielle DDR-Interpretin jiddischer Lieder, wobei sie ihr Repertoire auf Lieder von Hanns Eisler, Louis Fünberg, Paul Dessau wie auch Volks-, Partisanen- und Friedenslieder erweiterte. Lin Jaldati wirkte mit als Beraterin der DDR-Singebewegung, war Mitglied der Lagergemeinschaft Auschwitz, des Friedensrates und des Komitees für Menschenrechte der DDR. Sie starb 1988 und wurde auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof in Berlin beigesetzt

Revolutionäre Flugblätter

Dezember 1917

Kriminalwachtmeister Danneberg aus Nowawes meldet am 22. Dezember 1917 dem Potsdamer Regierungspräsidenten: „Vor einigen Tagen sind in der Fabrik Orenstein und Koppel hier Ahornstraße heimlich mehrere

Flugblätter mit revolutionärem Inhalt verteilt worden. Nicht alle Arbeiter haben ein Exemplar erhalten, sondern diese gingen von Hand zu Hand derjenigen, die anscheinend der Liebknecht-Partei angehörten.“ Der Schreiber ver-

dächtigt namentlich den Schlosser Karl Gruhl, Flugblätter verteilt zu haben. -rt

Fernsehliebling in der DDR

Dezember 1927

Heinz Florian Oertel, Journalist, Kolumnist, Moderator und Autor, wurde am 11. Dezember 1927 geboren. Er war von 1951 bis 1991 Mitarbeiter beim Berliner Rundfunk und beim DDR-Fernsehen und „erfand“ zahlreiche Sendereihen für Funk und Fernsehen. Die Gründe für die Popularität von Heinz Florian Oertel bei

den Hörern und Zuschauern waren und sind sein ausgeprägtes Fach- und Detailwissen und vor allem der Stil seiner Berichterstattung. Oertel wurde insgesamt 17 Mal zum Fernsehliebling des Jahres im Fernsehen der DDR gewählt. Gemeinsam mit der TV-Moderatorin Kristin Otto ist er seit einigen Jahren Her-

ausgeber der Olympiabücher im Verlag Das Neue Berlin. Mit seinen Bestsellern »Gott sei Dank«, »Pfui Teufel« und »Halleluja für Heuchler« erwies er sich als anregender und streitbarer Geist, der auch unbequeme Positionen in der aktuellen Debatte um den Zustand der deutschen Gesellschaft nicht scheut.

„Wie ein Stern...“

Dezember 1942

Der am 11. Dezember 1942 geborene Sänger Frank Schöbel gilt als eine der bekanntesten lebenden Schlagerlegenden des wiedervereinten Deutschlands und zu Recht als die DDR-Schlagergröße mit der längsten und er-

folgreichsten Karriere. Er ist Sänger, Songwriter, Produzent, Moderator, Schauspieler, Buchautor und noch mehr – denn er ist ein Begriff. Musikalisches Können, Vielfalt, Natürlichkeit und vor allem sein enges und ehrliches Verhältnis

zum Publikum sind seit fünf Jahrzehnten sein Markenzeichen. Mit ihm wurden Generationen groß.

Die älteste deutsche TV-Nachrichtensendung

Dezember 1952

Die Aktuelle Kamera ist die älteste deutschsprachige Nachrichtensendung, denn sie ging mit dem Untertitel „Zeitgeschehen in Wort und Bild“ als erste Sendung des Adlershofer Fernsehfunks (dem ersten deutschsprachigen

Fernsehprogramm!!!) am ersten Sendetag, dem 21.12.1952, um 20 Uhr auf Sendung. Seitdem berichtete sie regelmäßig (und schon bald täglich) vom politischen Geschehen in der Republik und der ganzen Welt. Erster

Nachrichtensprecher war übrigens Herbert Köfer, den wir heutzutage eher aus Fernsehkomödien und -schwänken kennen. Die „Tagesschau“ startete übrigens am 26. Dezember 1952.

Aufbauhelfer geehrt

Dezember 1957

Im Potsdamer „Haus des Handwerks“ werden am 17. Dezember 1957 die besten 60 Aufbauhelfer der Stadt ausgezeichnet. Siebzehn erhalten die Goldene Aufbaunadel. Darunter Kollegin Riebe 750 Stunden, Kollegin Pohl

720 Stunden, Kollegin Jakob 600 Stunden. Zwölf Schüler der Mittelschule 8 werden mit der Aufbaunadel in Bronze ausgezeichnet. -rt

Nachgerückt in die Fraktion der LINKEN:**Ingrid Püschel**

Ingrid Püschel hat in der November-Stadtverordnetenversammlung den Platz von Olga Schummel eingenommen, die inzwischen aus Potsdam weggezogen ist.

Ingrid Püschel ist als engagierte Potsdamerin (Babelsbergerin) bekannt. Sie hat als Lehrerin und zuletzt als Sachgebietsleiterin für Altenhilfe im Sozialamt der Landeshauptstadt gearbeitet. Auf diesem Gebiet arbeitet sie heute noch ehrenamtlich – sie ist Geschäftsführende Vorsitzende der Alfred und Toni Dahlweid Stiftung, die auch Träger einer Seniorenfreizeitstätte im Zentrum Ost ist.

Bei ihrer Vorstellung berichtete sie auch über ihre Hobbys, das Wandern, Verreisen und Filmen, aber auch das Laufen. Sie hat offensichtlich Ausdauer, hat Rennsteigläufe und als erste Frau in Brandenburg einen 24-Stunden-Lauf absolviert, was ihr die Bewunderung der Stadtverordneten einbrachte.

Sie werde sich als Abgeordnete der LINKEN noch intensiver in das Leben ihrer Heimatstadt einbringen, versprach sie bei ihrer Antrittsrede.

Ingrid Püschel wird als Mitglied im Ausschuss für Bildung und Sport arbeiten.

**Eckwertebeschluss für den Haushalt 2013/14**

Der Oberbürgermeister hat in einer umfangreichen Vorlage den Eckwertebeschluss für den Haushalt der Jahre 2013 und 2014 vorgelegt. Damit beschäftigen sich jetzt alle Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung und die Ortsbeiräte. Künftig soll es so sein, dass sich der Haushalt an inhaltlichen Vorgaben orientiert, die die Stadtverordnetenversammlung beschließt. Bisher war es so, dass der Oberbürgermeister seinen Haushaltsentwurf ohne solche Vorgaben entwickelt hat. Zu diesem Ent-

wurf konnten die Stadtverordneten Änderungsanträge stellen. Für viel Diskussionsstoff werden die Vorschläge des Oberbürgermeisters zur Kürzung von bisherigen Ausgaben und zur Erhöhung der Einnahmen sorgen. Dazu gehören z. B. die Streichung der städtischen Zuschüsse zum Schulessen oder der Wegfall des Begrüßungsgeldes für Studenten. Beides lehnt DIE LINKE ab. Mehr Einnahmen sollen z. B. durch die Erhöhung der Grundsteuer B und durch die Einführung von Sportstät-

tennutzungsgebühren erreicht werden. Dem stehen wir ebenso ablehnend gegenüber, während wir die geplante Einführung einer Tourismusabgabe unterstützen wollen. Diese Vorschläge des Oberbürgermeisters basieren auf einem aus 17 Punkten bestehenden Prüfkatalog, den die Fraktionen der Rathauskooperation vorgegeben haben. Es zeichnet sich ab, dass es eine harte Haushaltsdiskussion geben wird.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Nicht alles, was lange währt wird gut!**Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP)**

Am 25.01.2012 hat der Oberbürgermeister eine Beschlussvorlage in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht, der gemäß für die Stadtwerke ein Aufsichtsrat bestehend aus 15 Mitgliedern gebildet werden sollte: Der Oberbürgermeister, 8 Stadtverordnete, 4 Beschäftigtenvertreter und 3 Experten.

DIE LINKE hat sofort mit einem Änderungsantrag gefordert, dass 11 Vertreter der Stadtverordnetenversammlung entsandt werden sollen. So wären nicht nur die Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU/ANW, Grüne/Bündnis 90, FDP, BürgerBündnis und DIE ANDERE, sondern auch die „Potsdamer Demokraten“ in dem Aufsichtsrat vertreten gewesen.

Von Anbeginn an gab es erhebliche rechtliche Zweifel daran, dass die Stadt auf Vorschlag des Oberbürgermeisters 3 Mitglieder entsenden darf, wobei es sich um Persönlichkeiten handeln sollte, die „aufgrund besonderer unternehmerischer, kommunal- bzw. finanzwirtschaftlicher oder juristisch administrativer Kenntnisse und Erfahrungen zum Wohle der Gesellschaft an der Entschei-

dungsfindung mitwirken können“. Man kann auch kurz „Experten“ dazu sagen, die vom Oberbürgermeister benannt, im Aufsichtsrat tätig werden sollten.

Wir haben viele und große, letztendlich aber erfolgreiche Anstrengungen unternommen, um die Prüfung der rechtlichen Zulässigkeit der Entsendung dieser Experten durch das Innenministerium zu veranlassen. Unwillig ist die Verwaltung dem dann doch gefolgt, und zwar „schon“ am 10. Juli 2012. Und siehe da: Mit Schreiben vom 31. Juli 2012 hat die Kommunalaufsicht befunden, dass ein solches Verfahren, das dem Oberbürgermeister ein zusätzliches Vorschlags- und Entscheidungsrecht einräumt, unzulässig ist.

Es würde zu weit führen, die Diskussionen, die es um die Mitgliedschaft der Beschäftigtenvertreter im Aufsichtsrat gab, zu beschreiben. Hier führte der Oberbürgermeister den Mitgesellschafter EON.edis ins Feld, der sich dem nicht sehr aufgeschlossen gezeigt habe.

Im Verlauf der 10 Monate, in denen über

die Zusammensetzung des Aufsichtsrates der SWP debattiert wurde, änderte sich die Gesamtzahl der Mitglieder immer wieder, aber immer so, dass die Rathaus-Kooperation sich ihrer Mehrheit in dem Gremium sicher sein konnte.

Am 07. November 2012, wurde dann beschlossen, dass der Aufsichtsrat aus 12 Mitgliedern besteht: Ein Beauftragter des Oberbürgermeisters, 7 Stadtverordnete, 4 Beschäftigtenvertreter. Unser erneuter Anlauf, die Zahl auf 15 zu erhöhen, und damit auch den Fraktionen Die Andere und dem BürgerBündnis einen Sitz im Aufsichtsrat zu geben, wurde wieder mit den Stimmen der Rathaus-Kooperation abgelehnt, die ihre Sitze ja schon immer sicher hatte.

Das zu mehr Transparenz, Mitwirkung und Mitbestimmung in den Aufsichtsgremien kommunaler Unternehmen!

Für DIE LINKE wurden Dr. Karin Schröter und Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg in den Aufsichtsrat entsandt.

SPD will Abriss von 182 städtischen Wohnungen am Alten Markt

Die Diskussion um die künftige Gestaltung des historischen Stadtzentrums ist eng verbunden mit der Auseinandersetzung um den Staudenhof und das große Wohnhaus der Pro Potsdam. DIE LINKE hat sich von vornherein dafür stark gemacht, dass diese 182 städtischen Wohnungen, fast alles Einraumwohnungen, in dem Haus am Alten Markt 10 erhalten werden. Gemeinsam mit den Mietern dieses Hauses haben wir vor einem Jahr mit einem Beschluss erreicht, dass sich die Stadtverordneten für den Erhalt des Hauses ausgesprochen haben. Dem hat auch die SPD-Fraktion zugestimmt. Zugleich wurde darin festgelegt, dass in einer Machbarkeitsstudie untersucht werden soll, wie das Gebäude in die weitere Gestaltung des Alten Marktes eingefügt werden kann. In dieser kürzlich vorgelegten Machbarkeitsstudie wird der Nachweis geführt, dass das Haus erhalten und in die künftige Gestaltung des Areals eingeordnet werden kann. Um so verständlicher ist es, dass die SPD-Fraktion in völligem Widerspruch zu den drängenden Wohnungsproblemen der Stadt gemeinsam mit CDU, FDP und Grünen jetzt beschlossen hat, dass der städtische Wohnblock spätestens in zehn Jahren abgerissen werden soll. Ständig ist davon die Rede, dass in Potsdam mehr Wohnungen, vor allem preiswerte Wohnungen gebraucht werden. Stark nachgefragt sind Ein- und Zweiraumwohnungen. Das Verhalten der SPD-Fraktion und ihrer Bündnispartner im Umgang mit kommunalem Vermögen ist schlichtweg verantwortungslos und steht auch im Gegensatz zu dem von der Geschäftsführung der Pro Potsdam angestrebten Erhalt des Wohnblocks. Der Oberbürgermeister hat übrigens gemeinsam mit den LINKEN und den Anderen gegen den Abriss gestimmt. Wir werden nicht locker lassen. Das darf nicht das letzte Wort gewesen sein.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Agenda 2010 – Andrea Wicklein war dabei

Der konsequente Kriegsgegner Karl Liebknecht stimmte, entgegen der von der SPD geforderten Parteidisziplin, im Reichstag gegen die Bewilligung von Kriegskrediten. Dieser mutige Schritt könnte doch auch für heutige SPD-Abgeordnete in Potsdam eine Anregung sein - doch leider ließ die meisten der Mut in den letzten Wahlperioden bei Abstimmungen zu Krieg und Frieden im Bundestag immer im Stich.

Seit Jahren gedenkt öffentlich nur noch DIE LINKE des ermordeten Reichstagsabgeordneten, während sein Andenken bei der SPD kaum noch eine Rolle spielt. Liebknecht ist ein Mann, der seinen Überzeugungen treu blieb, der sich für die sozial Schwachen und für eine friedliche Welt eingesetzt hat. Genau dies ist auch das Anliegen und Existenzgrund der LINKEn. Dass es das der SPD ist, haben ihre Politiker in den letzten 15 Jahren gut verborgen.

Die Rentenangleichung in Ost und West, die Durchsetzung von Mindestlöhnen, die Gleichbezahlung von Mann und Frau und andere soziale Themen hätten Themen in der 14. oder 15. Wahlperiode unter einer rot-grünen Regierung des Bundestages sein können. Stattdessen kam die Agenda 2010. Andrea Wicklein war dabei.

Sascha Krämer

DIE LINKE wirkt – Praxisgebühr abgeschafft

Seltene Einmütigkeit im Bundestag: 548 von 548 Abgeordneten stimmten für die Abschaffung der Praxisgebühr zum 1. Januar 2013. DIE LINKE hat das beharrlich und immer wieder gefordert. Jahrelang war sie allein. Nach und nach haben sich in diesem Jahr auch die anderen Fraktionen überzeugen lassen, auch wenn leider damals wie heute geschachert wurde. DIE LINKE fordert in einem nächsten Schritt, alle Zuzahlungen zu streichen.

Die Herausforderung angenommen

Zwei Jahre Ortsverbandsarbeit in Potsdam-Süd – mit Dynamik geht's weiter

Die im Vorfeld der Gesamtmitgliederversammlung des Ortsverbandes DIE LINKE. Potsdam-Süd am 27. Oktober veröffentlichte schonungslose Rechenschaft erzeugte Zustimmung, aber auch – na endlich – lebhaften Widerspruch, und das bei einer beflügelnden Aussicht zumindest aus dem 17. Stockwerk des Hotels Mercure an der Langen Brücke.

Der Ortsverband: Struktur, Engagement und kommunalpolitisches Handeln sind unbestritten auf hohem qualitativem Niveau. Ausbaufähig nennen manche das Mitwirken unserer Mitglieder als auch der Stadtfraktion im Ortsverband. Ich neige eher dazu, nichts zu beschönigen und mei-

ne, bei der Quantität eine große Ernüchterung festzustellen. Nun, das liegt allerdings weniger an den Inhalten und Angeboten, sondern wie in der gesamten Gesellschaft an der Überforderung einzelner Aktiver und der Zurückhaltung der breiten Masse. Dabei spielt das Alter erstaunlicherweise keine Rolle. Nichtsdestotrotz hat der Ortsvorstand in den vergangenen Jahren mit rasendem Tempo und höchsten Ansprüchen seine Mitglieder zur Mitwirkung auf den verschiedensten Ebenen politischen Handelns angeregt; besser: angespornt. Dabei sind die Mühen der Ebene uns allen hinlänglich bekannt. Möglichkeiten ihrer Überwindung sind jedoch vorhanden, wir

sollten zugreifen, auf Augenhöhe den Diskurs führen, jetzt und nicht später.

Das außerparteiliche Engagement der Mitglieder unseres Ortsverbandes ist enorm vielseitig. Dazu an dieser Stelle noch einmal der Dank der Mitglieder an alle Aktiven unseres Ortsverbandes. Den auf der Mitgliederversammlung geäußerten Wunsch aufgreifend, will ich ermutigen, weiter selbstbewusst und künftig deutlicher als LINKE in Erscheinung zu treten. Sachkompetenz und Offenheit prägen unser Handeln. Unsere Ideen, emanzipiert erarbeitet, werden wir vor unseren politischen Mitbewerbern vertreten und verteidigt, dabei auch Bündnispartner suchend. Dazu gehört eine gehörige Portion Mut und Kraft. Der Ortsvorstand hat allen dabei bisher unterstützend zur Seite gestanden und wird es auch künftig tun.

Auch wenn er für seine geleistete Arbeit von der Mitgliederversammlung entlastet worden ist, er nimmt eine wichtige Aufgabe mit in die zweite Wahlperiode: Die sachliche Diskussion zur Mitwirkung der zum Ortsverband zugehörigen Stadtverordneten, ein Gespräch mit ihnen zusammen. Das machen wir zu Beginn des nächsten Jahres – versprochen!

*Im Namen des neu gewählten Ortsvorstandes:
Steffen Pfrogner
Sprecher des Ortsverbandes
DIE LINKE.Potsdam-Süd*



Der OV-Vorstand: Gerhard Kienberg, Reik Wolffgram, Steffen Pfrogner, Angelika Laube, Hella Drohla, Dittmar Zengerling (v.l.n.r.).

Euro-Krise – verständlich referiert, anregend diskutiert

Dr. Axel Troost (MdB, DIE LINKE) Gast im Ortsverband DIE LINKE.Potsdam-Süd

Die Euro-Krise ist ein schwieriges Thema mit einem hohen Potenzial an sozialem und wirtschaftlichem Zündstoff. Für die Bankenrettung haben sich die europäischen Staaten stark verschuldet. Immer wieder werden neue Rettungspakete aufgelegt, die an rigorose Sparauflagen geknüpft werden. Sichtbare Folgen: wachsende Armut und Abwürgen der Wirtschaft. Troika und Bundesregierung erklären gebetsmühlenartig: „Die Griechen haben über ihre Verhältnisse gelebt. Schluss damit!“ „Diese Maßnahmen sind alternativlos.“ Und wie reagieren darauf die Bürger? Ein Teil bleibt abwartend und hofft auf eine Lösung durch die Politik. Zunehmend macht sich Vertrauensverlust in die Handlungsfähigkeit und Handlungswilligkeit der Politik breit. Viele Betroffene beteiligen sich an Aktionen gegen die harte Sparpolitik und zeigen dabei eine „richtungslose Wut“. Entsolidarisierung und nationalistische Meinungsbelegungen nehmen zu. Forderungen nach einem Austritt von Griechenland und weiteren „Pleitestaaten“ aus der Euro-



Ländergemeinschaft werden lauter. Deshalb stehe die gesamte linke Bewegung und nicht nur DIE LINKE, wie Axel Troost in seiner Rede am 27.10.2012 erklärte,

vor der Aufgabe, die Ursachen der Krise aufzuzeigen und deutlich zu machen, dass es Alternativen gibt. Dabei nehme die Orientierung auf Solidarität in Europa einen zentralen Platz ein. Zugleich gelte es auch, den Blick auf die Auswirkungen auf die Kommunalfinanzierung zu schärfen. Wir haben keine „Staatschuldenkrise“, sondern eine „Staatsfinanzierungskrise“. Die Erläuterung des feinen Unterschieds war die Schlüsselstelle im Vortrag zum besseren Verständnis der Ursachen der Krise und der daraus abgeleiteten Lösungsansätze. Kurz und einleuchtend ging Axel Troost

auf das 6-Punkte-Programm „Wege aus der Krise“ der Bundestagsfraktion ein.

DIE LINKE hat ein komplexes Konzept zur Überwindung der Krise. Viele Einzelvorschläge, wie „Finanztransaktionssteuer“, werden von anderen Parteien aufgegriffen, DIE LINKE konnte aber bisher kein „politisches Kapital“ daraus ziehen. Davon ausgehend thematisierten Dr. Rudolf Drohla und der Autor des Beitrages in der anschließenden Diskussion die Frage, wie diese Erkenntnisse öffentlichkeitswirksam propagiert werden können. Verwiesen wurde auf die mangelnde Bereitschaft und Fähigkeit, mehrseitige Argumentationen zu lesen. „Verführer“ mit dumpfen Sprüchen haben es leichter, „erhört“ zu werden. Folglich: Keine „große Theorie“ dozieren, sondern an den Alltagsorgen anknüpfen und den geeigneten Kommunikationsstil finden und stets um Bündnisse ringen. Die jüngsten Erklärungen und Aktionen der Gewerkschaften lassen hoffen.

*Dr. Dittmar Zengerling
Ortsvorstand Potsdam-Süd*

Neue Ausgabestelle der Potsdamer Tafel

Unmittelbar nach der überraschenden Schließung der Ausgabestelle der Potsdamer Tafel am Schlaatz hat die Linksfraktion die Unterstützung des Oberbürgermeisters für eine neue Ausgabestelle eingefordert. Unser Vorschlag, dafür die Räume des Cafés am Bürgerhaus am Schlaatz zur Verfügung zu stellen, stieß anfänglich auf großes Interesse beim Oberbürgermeister, so dass in den Zeitungen sogar der Eindruck entstand, es sei sein eigener Vorschlag gewesen. Wir haben diesem Anliegen Nachdruck verliehen, indem wir einen entsprechenden Antrag für die Novemberversammlung der Stadtverordnetenversammlung einbrachten. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund und sicher auch, wie die



benachbarte Weidenhof-Schule Interesse an der Nutzung des Cafés als Raum für die Schülerspeisung signalisierte, hat die Verwaltung alternativ vorgeschlagen, ein Gebäude der EWP in der Drewitzer Straße (FOTO) als dauerhaftes Quartier für die

Tafel zur Verfügung zu stellen. Es handelt sich hierbei um 250 qm Fläche in einem guten Zustand. Das ermöglicht, hier nicht nur eine Ausgabestelle, sondern endlich auch das Lager für die der Tafel zur Verfügung gestellten Lebensmittel einzurichten.

Ziel ist es, möglichst ab Anfang 2013 die Tafel hier einziehen zu lassen. DIE LINKE setzt sich im Interesse der zahlreichen Kunden der Tafel dafür ein, dass dieses Ziel eingehalten wird.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Bürgerinitiative zum Wettbewerb am Brauhausberg

Im November haben wir versucht über verschiedene Fraktionen der SVV einen Dringlichkeitsantrag einzubringen. Obwohl wir die Zusage u.a. der FDP hatten, hat der Fraktionsvorsitzende anscheinend im Alleingang (gemäß Aussage der beiden anderen Fraktionsmitglieder) unseren Dringlichkeitsantrag nicht eingereicht und damit versucht, diesen zu verhindern. Einzig auf die Fraktion der LINKEN konnten wir uns verlassen, die ihr Wort gehalten hatte. Dabei wurden sie vom Bürgerbündnis unterstützt. Alle anderen angefragten Fraktionen konnten oder wollten sich nicht einbringen.

Zum Hintergrund: Im September hatten die Stadtverordneten – nach der Bürgerbefragung – sich für einen Wettbewerb ausgesprochen. Nun fand die öffentliche Bekanntmachung dieses Wettbewerbes u.a. auf der Internetplattform „Competition online“ statt. Abgesehen von der recht kurzen „Teilnehmerbewerbungsfrist“ (soweit zu den sinnvoll investierten Geldern in die damalige Transparenzkommission) von 4 Wochen (bis zum 23.11.2012) bemängeln wir hauptsächlich die fünf von der Stadt Potsdam gesetzten Büros, die sehr hohen Eingangshürden, die alle Teilnehmer erfüllen müssten und dass der Architekt Christoph Kohl – der Verfasser des Masterplanes Kohl-Krier mit seiner vollständigen Überbauung

des Brauhausberges –, nun plötzlich auch Mitglied der Wettbewerbsjury sein soll. Die von der Stadt Potsdam aufgestellten Eingangshürden für die Teilnahme am Wettbewerb erfüllen momentan deutlich weniger als 1% der im Land Brandenburg ansässigen Architekten (Aussage Stadtverwaltung Potsdam, Herr Götzmann). Unabhängig davon erfüllen vermutlich noch nicht einmal die von der Stadt Potsdam selbst gesetzten Büros diese Teilnahmevoraussetzungen. Bis zum 18.11.2012 ist eine erforderliche Registrierung bei der Brandenburgischen Architektenkammer anscheinend unterblieben (<http://www.ak-brandenburg.de/akt-wettbewerb.html>). Damit ist eine Teilnahmebewerbung gemäß der erfolgten Bekanntmachung berufsrechtlich, zumindest für Architekten mit Sitz in Deutschland (Brandenburgisches Architektengesetz - BbgArchG), unzulässig. Unter einen offenen Wettbewerb verstehen wir 'was völlig anderes.

Da stellt sich dem aufmerksamen Leser die Frage: Warum macht die Stadtverwaltung dies, und welches Ziel verfolgt sie damit? Wenn nun der geeignete Leser den Masterplan von Kohl-Krier mit den bis zu 6-geschossigen Gebäuden sich vor die Nase legt und den Inhalt der Wettbewerbsbekanntmachung liest, was stellt er da fest? Es liest sich wie die verbale Beschrei-

bung des Masterplans von Kohl-Krier, aber nicht wie ein Wettbewerb für ein neu zu errichtendes Schwimmbad, sondern eher wie die ursprünglich dicht geplante Bebauung des Brauhausberges.

Nur, wozu ist dann die ganze „Kohle“ für Malik-Verfahren, Bürgerbefragung etc. aus dem Fenster geworfen worden, wenn bestimmte Teile der Stadtverwaltung anscheinend weiter gegen die Bürgerinteressen taktierend handeln? Dann sollte doch wenigstens der OB den Mut haben und sagen, dass niemanden die Bürgermeinung interessiere und alles weiter laufen solle wie bisher.

Und, was ist das Schlimme daran? Es scheint bestimmte Teile der Stadtverwaltung zu geben, die völlig losgelöst von der Politik agieren. Es ist Aufgabe eines jeden Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung (SVV) kommunalpolitische Ziele zu formulieren und deren Umsetzung durch die Verwaltung zu kontrollieren. Auch wenn dieses Ehrenamt der Stadtverordneten viel Zeit beansprucht, kann und darf die ihnen übertragene kommunalpolitische Verantwortung nicht vernachlässigt werden. Doch anscheinend sind sich nicht alle Abgeordneten dieser Verantwortung für alle Potsdamer bewusst!

Thomas Hintze & Daniela Kriegbaum

Eine Schule wird 50

Noch ein knappes Jahr ist Zeit bis zum großen Jubiläum. Aber die Vorbereitungen sind schon in vollem Gange. Im nächsten Jahr wird die Waldstadt-Grundschule in der Friedrich-Wolf-Str. 50 Jahre alt. Die Schule in dem ältesten aller Potsdamer Neubaugebiete wurde am 3. September 1963 offiziell eröffnet.

Schülerinnen und Schüler haben sich vorgenommen, eine Chronik aus Anlass dieses Jubiläums zu erarbeiten. Nun suchen die Kinder möglichst aussagekräftige und anschauliche Dokumente, Fotos, Zeitungsartikel, Erlebnis- und Erfahrungsberichte, mit deren Hilfe sich die Geschichte ihrer Schule chronologisch nachzeichnen lässt. Sogar ein Film mit historischen Aufnahmen und Zeitzeugengeschichten soll entstehen. Am Samstag, dem 7. September 2013 soll mit heutigen und ehemaligen Schülern, Nachbarn und dem ganzen Wohngebiet gefeiert werden.

Also liebe ehemalige Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer, Hortnerinnen und Hortner, Eltern und Nachbarn der Schule in der Friedrich-Wolf-Straße: Schauen Sie doch bitte schon mal in Ihre Fotoalben, Archive oder wo Sie Ihre Erinnerungen auch sonst immer aufbewahren mögen. Haben Sie eine interessante Geschichte aus 50 Jahren Waldstadt-Grundschule zu berichten? Die Kinder würden sich sehr über jedes Stück Zeitgeschichte freuen.

Ihre Schätze abgeben können Sie im Sekretariat der Schule in der Friedrich-Wolf-Str. bei der Schulsekretärin Frau Schneider. Oder Sie melden sich telefonisch unter 0331/289 7630 bzw. per mail unter waldstadtgrundschule@t-online.de.

Stefan Wollenberg

Heidesiedlung – Alternativen gefragt

Der von der Pro Potsdam geplante Verkauf der Heidesiedlung am Findling nach dem Höchstgebotsverfahren wird nicht durchgeführt. Auf Antrag der LINKEN wird abweichend vom üblichen Verfahren die Stadtverordnetenversammlung die Entscheidung über den weiteren Umgang mit der Heidesiedlung treffen. Dazu soll eine öffentliche Diskussion geführt werden, in der auch die Möglichkeit eines Genossenschaftsmodells oder einer Veräußerung an eine Potsdamer Wohnungsgenossenschaft geprüft werden. Ziel ist die weitgehende Sicherung der Mieterinteressen. Eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Mieter, Stadtverordneten und Pro Potsdam wird diesen Prozess unmittelbar begleiten. DIE LINKE ist grundsätzlich gegen den Verkauf kommunaler Wohnungen, aber offen für eine Prüfung mieterfreundlicher Alternativen.

Kleingärten am Horstweg unter Wasser

Eine ungewollte unangenehme Nebenwirkung des Baus der Kaufhalle am Horstweg ist, dass die benachbarten Kleingärten bei stärkeren Regenfällen unter Wasser stehen. Die Kleingärtner hatten sich mit diesem Problem an mich gewandt. Ich habe daraufhin mit REWE Verbindung aufgenommen. In einem kurzfristig zustande gekommenen Vor-Ort-Gespräch konnte das Problem zwischen den Vertretern der Kleingartenanlage, REWE und TLG besprochen werden. Die TLG sagte zu, dass Mängel in den Überlaufbecken unverzüglich abgestellt werden. Vielen Dank an REWE für die unkomplizierte Reaktion.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Neubauschulen gegen Neubauwohnungen?

Flächenaufteilung um das Humboldtgynasium wird zum Streitpunkt

Seit Jahren wartet das Humboldtgynasium an der Heinrich-Mann-Allee dringend auf einen Erweiterungsbau. Die 1997/98 errichtete erste Erweiterung hielt nicht einmal zehn Jahre mit dem stürmischen Wachstum Schritt. Die Stadt wollte einen Neubau als ÖPP-Projekt errichten, was die Stadtverordneten aufgrund der zu erwartenden Kosten im vergangenen Jahr allerdings ablehnten. Seitdem plant der Kommunale Immobilienservice die Realisierung in städtischer Verantwortung. Das Projekt ist sehr komplex, da in diesem Rahmen auch die Sport- und Freiflächen rund um den Schulstandort einschließlich Blauhaus, Sporthalle, Rollsportfeld und Tennisplätzen neu geordnet werden sollen.

Die Schule favorisiert die Errichtung eines Neubaus hinter dem Bestandsgebäude. Die Sportflächen könnten dann im Bereich des heutigen Blauhauses und der Freiflächen entlang der Heinrich-Mann-Allee eingeordnet werden. In der letzten Sitzung des Bildungsausschusses stellte sich nun heraus, dass der KIS andere Pläne hat. Der Neubau soll demnach an der Stelle des Blauhauses stehen - direkt an der Straße. Das zu sanierende Rollsportfeld soll gleichzeitig als zweite Freisportfläche der Schule genutzt werden. Die Flächen hinter der Schule sollen vollständig für den Wohnungsbau genutzt werden. Die

Schulleiterin Frau Dr. Gnadt bezweifelte schon während der Sitzung, ob die verbleibenden Flächen mit den entsprechenden Richtlinien des Bildungsministeriums übereinstimmen würden. Der KIS zeigte sich hier allerdings wenig flexibel. Der Ausschuss forderte massiv, Vertreter der Schule ab sofort wieder intensiv in die Planungen einzubeziehen.

Unstrittig ist, dass am Standort sowohl der Schulneubau als auch Wohnbauflächen

benötigt werden. Ob die Flächenaufteilung allerdings ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Erzielung maximaler Erlöse beim Verkauf der Grundstücke für den Wohnungsbau erfolgen sollte, ist sicher in Frage zu stellen. Das letzte Wort ist hier noch nicht gesprochen.

*Stefan Wollenberg
bildungspolitischer Sprecher
der SVV-Fraktion DIE LINKE.*



Das Ende einer Zitterpartie

Neue Potsdamer Gesamtschule öffnet im kommenden September am Schlaatz

Jahrelang stellten sich Potsdamer Eltern nach der 6. Klasse dieselbe bange Frage: Wird mein Kind einen der begehrten Gesamtschulplätze und damit die Chance auf einen flexiblen Weg zum Abitur erhalten. Bis zu 160 Kindern blieb dieser Weg in der Vergangenheit verschlossen. Auch dank des ausdauernden Engagements der LINKEN in der SVV kann damit nun endlich Schluss sein.

Die ehemalige Curie-Schule am Schilfhof,

in der derzeit übergangsweise noch die Pries-terweg-Schüler lernen, wird im August als 5. Potsdamer Gesamtschule ans Netz gehen und kann bis zu fünf zusätzliche siebente Klassen und damit 140 Schüler aufnehmen. Damit entsprechen die Kapazitäten endlich dem realen Bedarf. Der Standort Schilfhof ist gegenwärtig zur Hälfte saniert. Bis die Gesamtschule beide Gebäudeteile benötigt, soll auch der zweite Riegel in 2015/16 saniert werden. Außerdem soll perspektivisch die

Sporthalle am Standort saniert werden.

Alle Fraktionen haben dieser Entscheidung in der SVV zugestimmt. Damit ist ein klares Signal gesetzt - auch im Hinblick auf die anstehende Fortschreibung des Schulentwicklungsplans: In Potsdam genießt der Elternwille Priorität bei der Wahl der Schulform. DIE LINKE wird deswegen auch weiter dafür streiten, die Schullandschaft unserer wachsenden Stadt in diesem Sinne weiterzuentwickeln.

Stefan Wollenberg

Favorit: Kein Stadtgeld für Garnisonkirche

Bürgerhaushalt an Politik übergeben/Entscheidung Ende des ersten Quartals 2013 erwartet

Die „Top 20 – Liste der Bürgerinnen und Bürger“ mit den 20 wichtigsten Vorschlägen des Potsdamer Bürgerhaushalts für die Jahre 2013 und 2014 wurde der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Entscheidung übergeben. Vertreter der Bürgerschaft überreichten dazu ein symbolisches Exemplar an den Vorsitzenden Peter Schüler. „Wir werden die Bürgervorschläge intensiv beraten und sehr ernst nehmen“, versicherte

Schüler. Mit einer Entscheidung wird im Rahmen des Haushaltbeschlusses 2013/14 – zum Ende des ersten Quartals 2013 – gerechnet.

Der diesjährig unangefochtene Favorit mehrerer Abstimmungsrunden ist die Forderung, den Unterhalt und die Errichtung der Garnisonkirche nicht mit städtischen Geldern zu fördern. Damit führt erstmals ein Vorschlag zu Kosteneinsparungen die

Bürgerliste an. Im Weiteren folgen die Vorschläge Fußballplätze am Babelsberger Park und ein Freibad im Potsdamer Norden zu errichten. Unter den Favoriten befinden sich auch der Bürgerappell, beim Schwimmhallen-Neubau maximal 23 Millionen Euro auszugeben und die Anregungen, Sozialarbeiterinnen an allen Potsdamer Schulen einzusetzen sowie die Fraktionsfinanzierung um 25 Prozent zu kürzen.

„Sozial mit aller Kraft – wir verändern“

Regionalkonferenz im Potsdamer Treffpunkt Freizeit/Partei, Fraktion und MinisterInnen im Dialog

Die Regionalkonferenz der Kreisverbände Potsdam, Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming, Havelland und Brandenburg, die am 1. November im Treffpunkt Freizeit in Potsdam stattfand, bildete den Auftakt der Regionalkonferenzen. Eröffnet wurde die Konferenz durch Norbert Müller, dem vorgeschlagenen Direktkandidaten im Wahlkreis 61. Er verwies darauf, dass die Regionalkonferenzen bewusst eingeführt wurden, um den Dialog zu finden, und dass gerade in letzter Zeit DIE LINKE der aktive Teil der rot-roten Landesregierung waren.

Danach übernahm die Moderatorin Maria Strauß, und sie stellte alle vier anwesenden Ministerinnen und Minister sowie den neuen Fraktionsvorsitzenden, Christian Görke, vor. Görke betonte: „Wir müssen uns selbst bewegen, um andere zu begeistern“ und verwies auf seine eigene Tour, die er in Anlehnung an die Tour der Parteivorsitzenden gemacht hat. Bei dieser wollte und will er vor allem Eines: zuhören. Klar sei vor allem: Wir müssen nicht nur die soziale Frage stellen, sondern wir müssen auch Antworten liefern.

Danach war der Justizminister Volkmar Schöneburg in gewohnt lockerer Art an der Reihe, und er stellte zunächst klar: Dass die Leute unter Rot-rot leichter aus den Gefängnissen ausbrechen können sei Quatsch. Jedoch ist es schwer, mit der Resozialisierung Stammtische oder Wahlen zu gewinnen. Trotzdem ist hier ein linker politischer Ansatz wichtig. Die zentrale Aufgabe linker Justizpolitik muss es sein, die hohen Rückfallquoten zu verringern. Schöneburg möchte den Arbeitszwang für Gefangene abschaffen und sie besser wieder eingliedern.

Die Gesundheits- bzw. „Wohlfühlministerin“ Anita Tack verwies darauf, dass 80% aller Gesetze in Bundeshand fallen und die Spielräume natürlich begrenzt sind. Allerdings wird ein Krankenhausplan in Abstimmung mit Berlin erstellt, wobei die Planung sich interessanterweise über fünf Jahre erstreckt. Angesichts des demographischen Wandels wird die Altersmedizin eine besondere Aufmerksamkeit erfahren.



Ebenso wollen wir den kommunalen Krankenhaussektor stärken.

Danach kam der Finanzminister Helmut Markov. Er erklärte, dass wir bei einem Haushaltsvolumen von etwa 10 Milliarden wir jedes Jahr 700 Millionen allein für die Zinsen ausgeben und noch nichts tilgen. Jedoch wird in Bildung investiert, in dieser Legislatur exakt 117 Millionen mehr. Ebenso wurden die Mittel für Forschung erhöht, und die Kommunen haben ab 2016 fünfzig Millionen mehr im Topf, insbesondere, um endlich wieder investieren zu können.

In Bezug auf den Flughafen BER sagte er, dass wir eine andere Vorstellung hatten, aber jetzt mit den Gegebenheiten umgehen müssen. Mit steigender Verve gipfelte er in der Aussage: „Die Dunkelroten haben eine Menge bewirkt“.

Als letzter in der Einstiegsrunde war der

Wirtschaftsminister Ralf Christoffers dran, der mit mahnenden Worten darauf verwies, dass es keinen Königsweg bei einer sozial gerechten Haushaltskonsolidierung gibt, und dass wir auch werden kürzen müssen. Er verwies darauf, dass die PDS und die WASG den Mindestlohn aufs Tableau hob, und es Aufgabe linker Politik bleibt, Niedriglöhne zurückzuweisen. Er schloss mit den Worten: „Ich würde mir wünschen, dass das, was in Brandenburg umgesetzt wird, auch auf der Bundesebene Widerhall findet“.

In den anschließenden einzelnen Arbeitsgruppen konnten direkte Fragen an die einzelnen Ministerinnen und Minister gestellt werden, die dann auch kompetent beantwortet wurden.

Der Landesvorsitzende Stefan Ludwig schloss die Regionalkonferenz zusammenfassend: „Unsere Diskussionen sind lebendig und zielführend, und sie verlaufen unter dem Motto: ‚Wir verändern‘. Wir verändern ja auch uns.“ Er sprach seinen Dank an alle vier Minister aus. „Es muss das Signal ausgehen: wir verändern unser Land. Wir haben Fragen des Strafvollzugs vom Kopf auf die Füße gestellt. Wir drängen in der Wirtschaftspolitik die Niedriglöhne und die Leiharbeit zurück. In der Finanzpolitik haben wir in den Blick genommen, nicht mehr neue Schulden zu machen und den Banken die öffentlichen Schulden zur Profitmaximierung zu geben. Trotzdem stehen Bildung und Wissenschaft im Fokus, da müssen andere dann ihren Beitrag leisten. Dass wir 2000 neue Lehrerinnen und Lehrer haben, hat unser Finanzminister durchgesetzt. Zum Abschluss verwies er auf die hohe Zustimmung zur Politik Anita Tacks, die auf eine dezentrale Krankenhauslandschaft in Brandenburg rückwirkt. Fazit: Wir verändern uns, und wir verändern das Land. Es geht darum ‚Sozial, mit aller Kraft‘ mit Leben zu füllen.“

Moritz Kirchner
Kreisvorstand LINKE Potsdam
Fotos:Johlige/Martin

Der deutsche Goldrausch – Die wahre Geschichte der Treuhand

Eigentlich wollte Dirk Laabs nur eine Dokumentation über die Treuhand und ihre letzten Aufgaben machen. Das Material, was er dabei recherchierte, machte allerdings deutlich, dass dieses Thema weit mehr umfasst, als es eine Dokumentation darzustellen vermag. In „Der deutsche Goldrausch“ beschreibt Laabs tagebuchartig, wie die Wirtschaft eines ganzen Landes innerhalb kürzester Zeit systematisch verschachert und lahmgelegt wird. Aus der Idee des Runden Tisches eine Anstalt zu schaffen, die das DDR Wirtschaftssystem verwaltet, saniert und ihren Besitzern, den Arbeiterinnen und Arbeitern übergibt, entwickelt sich schnell etwas anderes. Eine Megabehörde, die Treuhand, wird im Sommer 1990 gegründet. Sie hat den Zweck, das DDR-Erbe in die Privatwirtschaft zu überführen. Laabs interviewte 200 Zeitzeugen und sichtete hunderte Akten und Presseartikel dieser Zeit. Akribisch reiht Laabs die zeitlichen Abläufe der Vorgänge aneinander. Dem Leser wird beklemmend deutlich dargestellt, wie es möglich war, das DDR-Wirtschaftsvolumen von 600 Milliarden Euro in einen 3 Milliarden Euro Schuldenberg zu verwandeln. Innerhalb von 2 Jahren wurden fast 3 Millionen Menschen in den neuen Bundesländern arbeitslos. Dieses Buch macht deutlich, wie wenig treuhänderisch die Institution arbeitete und hinterlässt Fragen. Fragen, die noch lange nicht aufgearbeitet sind. In Zeiten der Finanzkrisen und des Ausverkaufs angeblich insolventer Länder mahnt dieses Buch eindringlich, genau hinzusehen, wie den Ländern geholfen werden soll und vor allem, wer dies steuert. „Man sollte sich ein Wochenende Zeit nehmen, denn es wird schwer, das Buch vor der letzten Seite wieder aus der Hand zu legen.“

Matthias Lack, IV

(Laabs, Dirk. Der deutsche Goldrausch - Die wahre Geschichte der Treuhand. München, Pantheon Verlag, 2012.)



Der Weg zum besten Wahlprogramm aller Parteien

1. Vorphase (Oktober 2012 bis Februar 2013)

Der Auftakt der Debatte um unser Bundestagswahlprogramm verläuft noch nicht anhand eines konkreten Textvorschlages. Stattdessen haben wir eine Reihe von Leitfragen formuliert – sie sollen als Anregung dienen und sind natürlich nicht abschließend. Dazu debattieren wir online, schriftlich, im Rahmen von Veranstaltungen, Gremiensitzungen, an Infoständen. Im Februar 2013 werden die Ergebnisse der Vorphase zu einem ersten Entwurf zusammengeführt.

2. Diskussion des ersten Entwurfes (Ende Februar 2013 bis April 2013)

Der erste Entwurf für unser Wahlprogramm wird der Partei und der Öffentlichkeit zur Diskussion vorgestellt. Im März finden fünf Regionalkonferenzen statt. Im April 2013 wird dann schließlich mit den Ergebnissen der Debatten der



Entwurf für den Leitantrag an den Bundesparteitag erarbeitet und vom Parteivorstand eingereicht.

3. Diskussion zum Leitantrag

Am 18. April 2013 wird der Leitantrag als Vorschlag für unser Wahlprogramm veröffentlicht. Bis zum 30. Mai 2013 können Änderungsanträge an den Leitantrag gestellt werden. In der Zeit bis dahin setzen sich die Delegierten des Bundesparteitages im Rahmen von Delegiertenberatungen mit dem Leitantrag auseinander. Vom 14. bis 16. Juni 2013 findet der Bundesparteitag in Dresden statt. Dort werden die Delegierten das Wahlprogramm beschließen.

Es geht los: Mach mit!

Kolumne vom Bundesgeschäftsführer und Wahlkampfleiter DIE LINKE, Matthias Höhn

Mitte Oktober 2012 haben wir uns im Parteivorstand auf eine Wahlstrategie für das kommende Wahljahr, insbesondere für die Bundestagswahl, verständigt: Wir werden einen Wahlkampf organisieren, der das Engagement und die Beteiligung unserer Mitglieder sowie unserer Sympathisantinnen und Sympathisanten in den Mittelpunkt stellt. Mit unseren Schwerpunktthemen soziale Gerechtigkeit, Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten, Frieden und Demokratisierung der Gesellschaft wollen wir ein Ergebnis erreichen, das möglichst nah an unser sehr gutes Abschneiden bei der Bundestagswahl 2009 heranreicht. Dabei werden wir auf konkrete Lösungen der Probleme und auf Kooperation in einer breiten gesellschaftlichen Linken setzen. Für uns steht fest: Wir wollen einen anderen Weg gehen – einen wirklichen Richtungs- und Politikwechsel vorbereiten, mit allen, die dazu bereit sind.

Hierfür werden wir bis Juni 2013 ein Wahlprogramm zur Bundestagswahl vorlegen. Im Vorfeld wollen wir mit allen – ob Mitglieder der Partei, Bündnispartner, Sympathisantinnen und Sympathisanten oder interessierte Bürgerinnen und Bürger – eine intensive Debatte über die wesentlichen Inhalte unseres Wahlprogramms führen. Auf der einen Seite wollen wir wissen, wo der sprichwörtliche Schuh drückt, welche Probleme DIE LINKE in den kommenden



Jahren im Bundestag unbedingt angehen und nach Möglichkeit lösen muss. Auf der anderen Seite wollen wir eine breite Beteiligung organisieren. Unser Ziel ist es, mit Hilfe ganz vieler Meinungen, Ratschläge und Anregungen das beste Wahlprogramm aller Parteien zu schreiben.

In einer ersten Phase, die im Oktober begonnen hat, werden wir noch nicht anhand eines konkreten Textvorschlages diskutieren. Stattdessen haben wir Leitfragen formuliert, die eine grobe Orientierung geben, aber keineswegs abschließend sind. Über parteidebatte.die-linke.de ist unsere Diskussions- und Abstimmungsplattform zu erreichen. Dort kann sofort mitdiskutiert

und an Vorschlägen für das Wahlprogramm gearbeitet werden. Selbstverständlich könnt Ihr uns Eure Ideen auch per Mail an wahlprogramm-debatte@die-linke.de, per Fax an 030/24009541 oder mit dem guten alten Brief an DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin zuschicken. Im Februar 2013 werden wir die Ergebnisse dieser Vorphase in einem ersten Wahlprogrammentwurf zusammenfassen.

Dieser erste Entwurf wird der Partei und der Öffentlichkeit vorgestellt und wiederum zur Diskussion „freigegeben“. Im März 2013 werden wir bundesweit fünf Regionalkonferenzen zum Wahlprogramm organisieren. Im April fließen die Ergebnisse dieser zweiten Debatte zu einem zweiten Entwurf zusammen. Dies

ist der Leitantrag an den Bundesparteitag, der am 18. April 2013 veröffentlicht wird. Bis zum 30. Mai 2013 können dann Mitglieder der LINKEN konkrete Änderungsanträge stellen.

Alle Informationen über die Möglichkeiten des Mitmachens und Mitdiskutierens findet Ihr auch noch einmal ausführlich unter: www.die-linke.de/wahlprogramm-debatte.

Bei der Bundestagswahl wird es um eine Richtungsentscheidung gehen: Für diese Auseinandersetzung benötigen wir Euren Rat und Eure Unterstützung. Mach und hilf mit! Unser Ziel: Das beste Wahlprogramm aller Parteien!

Leitfragen für die erste Phase der Debatte

Diese acht Leitfragen strukturieren die erste Phase der Debatte um das beste Wahlprogramm aller Parteien:

Krisenwahrnehmung. Seit Jahren erleben wir in Deutschland und Europa eine Banken- und Finanzkrise mit gravierenden Auswirkungen für die Staatsfinanzen fast aller europäischer Länder: Wie nehmen Sie diese Krise bei sich und in Ihrem Umfeld wahr? Welche Ängste und Befürchtungen für die Zukunft treiben Sie um?

Umgang und Alternativen zur Krisenpolitik. Für welche konkreten politischen Maßnahmen sollte sich DIE LINKE national wie auf europäischer Ebene in den kommenden Jahren einsetzen, um die Krise im Euro-Raum zu bewältigen?

UmFAIRteilung. Einkommen und Vermögen haben sich in den vergangenen Jahren immer ungerechter verteilt. 10 Prozent der Bevölkerung besitzen über 60 Prozent des Vermögens – Tendenz deutlich steigend. Es gibt mehr Millionäre als vor der Krise, während sich gleichzeitig der Staat aufgrund von Bankenrettungen und Konjunkturpakete weiter massiv verschuldet hat. Was sollte DIE LINKE aus ihrer Sicht tun bzw. fordern, um diese Entwicklung umzukehren?

Alltagsprobleme. Mieten steigen, Gas und Strom werden teurer, das Gesundheitssystem ist ungerecht und für Kitas und Schulen fehlt das Geld. Welchen alltäglichen Problemen der Menschen

sollte sich DIE LINKE in ihrem Bundestagswahlprogramm besonders annehmen?

Soziale Gerechtigkeit. Soziale Gerechtigkeit, was bedeutet das für Sie? Leben wir in einer gerechten Gesellschaft? Geht es in Deutschland fair zu? Für was sollte DIE LINKE stehen und sich einsetzen, um die Gesellschaft gerechter zu machen?

Energiewende: sozial-ökologischer Umbau. Die Energiewende, der sozial-ökologische Umbau der Gesellschaft, geht nicht voran. Die Solarbranche in Ostdeutschland steht nahezu vor dem Aus. Was fordern Sie von der Partei DIE LINKE?

Frieden/Internationales. Wir sind der Meinung, solange mit Krieg Geld verdient werden kann, wird es immer wieder zu militärischen Konflikten und verheerenden Kriegen auf der Welt kommen. Rüstungsexporte gehören daher grundsätzlich verboten. Was sollte DIE LINKE darüber hinaus in ihrem Bundestagswahlprogramm berücksichtigen, sodass Außenpolitik vor allem wieder Friedenspolitik wird?

Neue Themen. Welche gesellschaftlichen Themen muss DIE LINKE aus ihrer Sicht in ihrem Bundestagswahlprogramm unbedingt berücksichtigen, um verlorene Attraktivität und Unterstützung insbesondere bei der jüngeren Bevölkerung zurückzugewinnen?

Spenden für Kuba

Nicht nur in den USA hat „Sandy“ sein zerstörerisches Werk vollbracht – auch in Kuba hat dieser Hurrikan Schäden in Milliardenhöhe angerichtet. Elf Menschen kamen ums Leben. Kuba arbeitet mit Hochdruck an der Beseitigung der Sturmschäden. Betroffen sind leider auch die Landwirtschaftsprojekte von Cuba Sí in der östlichsten Provinz Guantánamo: Zerstört wurden 80 Milchviehstallungen und Dutzende Wohnhäuser der kubanischen Landarbeiter im Projekt. Auch die Dächer der beiden Grundschulen in den von Cuba Sí unterstützten Gemeinden Jaibo und Santa María sind betroffen. Der Unterricht für die Mädchen und Jungen der umliegenden Dörfer kann derzeit nicht stattfinden. Der Hurrikan hat zudem unzählige Anpflanzungen von Obst, Gemüse, Kaffee und Futtermitteln vernichtet. Durch diese immensen Schäden ist eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Milch und anderen Lebensmitteln derzeit nicht gewährleistet.

Die AG Cuba Sí hat eine breite Spendenkampagne initiiert. Cuba Sí ruft alle Kuba-



Zerstörtes Wohnhaus eines Rinderzüchters im Cuba Sí-Milchprojekt Yateras in der Provinz Guantánamo

freunde auf, die Spendenkampagne großzügig zu unterstützen.

Jörg Rückmann/Cuba Sí

Spenden an: Sonderspendenkonto beim Parteivorstand DIE LINKE/Cuba Sí, Kon-

to-Nr.: 13 2222 10, Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00

Bitte unbedingt den Verwendungszweck angeben: „Milch für Kubas Kinder/Guantánamo“

Die Küche muss kommen

Lehrküche an Coubertin-Schule Potsdam schmort in „Warteschleife“/Linke Politiker vor Ort

Viele Köche verfeinern den Brei: So läuft das in der Potsdamer Pierre de Coubertin-Oberschule. Hier steht gesundes Schulessen von SchülerInnen auf dem Lehrplan.

Das ist zum Wohl von Leib, Seele und persönlicher Berufsperspektive. Zwei Profiköche aus der Branche machen den Kindern nämlich

nicht nur Appetit auf anständiges, selbstgemachtes Essen, sondern auch auf gastronomische Besuche, unterstützt von der Arbeiterwohlfahrt, die sich allmorgendlich um ein spendenfinanziertes, gesundes Gratis-Frühstück kümmert.

Leider kämpft die Schule mit einem Sanie-

rungs-Marathon - die richtige Küche bleibt gerade kalt, es wird tapfer mit mobilen Kochplatten improvisiert. Besonders ärgerlich: Die dringend erforderliche Installation einer sogenannten „qualifizierten Lehrküche“ schmort in der Warteschleife - sie droht in Bürokratie- und Finanzierungsschwierigkeiten zu versinken. Grund genug für den Fraktionsvorsitzenden Christian Görke, sich das Problem vor Ort anzusehen - gemeinsam mit seinem Fraktionskollegen Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg. Der ist bereits am Problem dran - nun wollen beide mit vereinter Kraft schauen, wie es vorwärts gehen kann. Eine mittlere sechsstelligen Summe muss bereitgestellt werden - daran hängt ein ganzes Bündel großer Kinder-Chancen für Beruf, soziales Miteinander und gesundes Leben.

Im Gespräch mit der stellvertretenden Schulleiterin, den AWO-VertreterInnen, den engagierten Köchen und den SchülerInnen stand am Ende fest: DIE LINKE wird ihren Einsatz noch intensivieren - denn hier muss Hilfe her. Wir machen uns heiß...

Sven Rosig



Aktivenkonferenz – „Wir verändern“

Unter diesem Motto fand am 1. Dezember 2012 (nach Redaktionsschluss) in Frankfurt (Oder) die Aktivenkonferenz zur Wahlkampf-vorbereitung statt. Auf dieser Konferenz standen die wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre zur Debatte: Die Vorbereitung und Füh-

rung der Wahlkämpfe in 2013 und 2014. Gemeinsam mit den Landesparteitagsdelegierten und weiteren Aktiven des Landesverbandes der Partei DIE LINKE beschäftigten sich die Teilnehmer mit strategischen, inhaltlichen und organisatorischen Fragen der Wahlkampf-

vorbereitung. Einen besonderen Schwerpunkt spielte dabei das Thema Europa, da zu erwarten ist, dass die Fragen der europäischen Entwicklung und der Krise des Euros bei allen Wahlen der kommenden zwei Jahre eine wichtige Rolle spielen werden.

Eine neue mediale Sau wird durch's Dorf getrieben

Unser tägliches Russland-Bashing gib' uns heute - so „denken“ die westlichen Medien und griffen mit heuchlerischer Empörung die Geschichte der Pussy Riot auf. Diese Punkrockerinnen haben in der Christ-Erlöser-Kathedrale, dem zentralen Gotteshaus der Russisch-Orthodoxen Kirche, ein „Punkgebet“ veranstaltet und wurden zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Teuflischer Putin gegen hübsche Protestlerinnen - ein perfekter Stoff für den tumblenden Leser. Was die Medien offenbar koordiniert und gezielt verschweigen ist, dass sich 95% des „Liedes“ der Damen nicht gegen Putin, sondern gegen die orthodoxe Kirche richteten. Ihre Vertreter werden im Text als „die Scheiße Gottes“ verunglimpft. Religiöser Hass, wegen dem die „Damen“ also verurteilt wurden, scheint in den Leitartikeln der „Qualitätsmedien“ einfach aus der Luft gegriffen zu sein.

So funktioniert perfekter Journalismus: Erzähle den Schäfchen zuerst die halbe Wahrheit, dann die Folgen. Und dann freu' dich über ihre erwartungsgemäße Empörung, wenn sie die „Unverhältnismäßigkeit“ entdeckt haben. Erst recht fühlt sich niemand berufen, daran zu erinnern, dass Pussy Riot für eine ganze Reihe ihrer Auftritte in Metrostationen, auf Busdächern und sogar auf dem Roten Platz, als sie ebenso gegen Putin (und nur gegen ihn) „sangen“, keine Sanktionen erhielten.

Außerdem scheint die unter Verdrehung aller moralischen Normen geführte mediale Hetzkampagne so aus dem Finger gesogen zu sein, dass man fast schon eine Koordination aus dem Hintergrund vermuten muss. Wie man auf vergleichbare Vorfälle im eigenen Haus reagieren würde, ist dabei zweitrangig. Das Ziel ist der Lieblingssport der Deutschen: Die moralische Keule und die lehrmeisterliche Profilierungssucht an die Adresse Russlands, die durch alle Schichten von der Bundeskanzlerin bis runter zum kleinen regionalen Zeitungsmenschen geht. Gleichzeitig beißen sich alle kollektiv auf die Zunge, wenn es um die mittelalterliche Todesstrafe in den USA oder sonstige menschenrechtlich alarmierende Vorfälle in der „Freien Welt“ geht.

Bernd Martin

Glossiert: Weihnachtslichterglanz

Kürzlich erleuchtete mich eine Pressemeldung. Für die festliche Beleuchtung in Deutschland wird einer aktuellen Berechnung zufolge so viel Strom verbraucht wie an einem größeren Flughafen in einem ganzen Jahr – mindestens 420 Millionen Kilowattstunden. Wie das Heidelberger Institut für Energiedienstleistungen (IfED) mitteilte, summieren sich die Stromkosten für den weihnachtlichen Lichterglanz allein in privaten Haushalten auf rund 77 Millionen Euro.

Na HALLO – Energiesparen lautet doch die Devise, oder habe ich da schon wieder mal was falsch verstanden? Jedenfalls dachte ich als extrem umwelt-, energie- und auch sonst einigermaßen selbstbewusster Bürger bisher immer, es sei von Vorteil, wenn man Strom spart. Ja, und da habe ich doch neulich in diesem Zusammenhang gehört, dass es in meinem Haushalt Geräte gibt, die Strom fressen, obwohl sie nicht mal was dafür tun, nicht angeschaltet sind also. Richtige Strom-Mitesser, oder besser: Mit-



fresser sind das. Vom größten Übel dieser Welt, dem stromgefressigen Stand-By-Modus, mal völlig abgesehen. Und glücklicherweise bin ich ja mittlerweile auch nicht mehr der einzige Bürger in meinem geliebten Vaterland, der energiebewusst denkt und handelt. Stromsparen ist ja neuerdings richtig in Mode gekommen. Tausende, ach was sag' ich, Abertausende machen eifrig mit, von Aachen bis Zittau. Ja, und dann flattert mir plötzlich diese Pressemeldung vom Heidelberger Institut auf den Schreibtisch. Was ist denn bloß los mit meinen sonst so braven und energiesparsamen Mitbürgern? Kaum liegen Ende August die ersten Lebkuchen, Zimtsterne, Marzipankartoffeln und Schokoladenweihnachtsmänner in den Supermarktregalen, schon ist alles wieder vergessen. Nix mehr mit Stromsparen. Da rasten meine Landsleute total aus, wickeln Lichterketten um das Balkongeländer, versehen ihre strahlenden Weihnachtsmänner im Vorgarten mit 1000-Watt-Glühlampen, hängen sich in allen Farben des Regenbogens blinkende Sterne in sämtliche Fenster und lassen auch sonst noch das eine oder andere in der Gegend herumleuchten, bis die Nacht zum Tage wird. Dass ihr Stromzähler dabei in der Geschwindigkeit eines

Flugzeugpropellers rotiert, scheint nicht im Geringsten zu interessieren. Warum auch, schließlich haben sie das ganze Jahr über extra den Strom dafür zusammengespart. Jetzt wird er halt kiloweise, genauer: kilowattweise wieder rausgefeuert. Ja, sind die denn alle noch zu retten? Ich sag's ja immer: Je heller draußen die Weihnachtsbeleuchtung, desto dunkler ist's drinnen im Kopf.

Deshalb: Erleuchtete Adventstage, allerseits! ABER erst eins, dann zwei ... – das sollte doch reichen, oder?!

Bernd Martin

Wer kann helfen?

Welche Leserin oder welcher Leser von „PaS“ könnte sich vorstellen, einem durch Krankheit vom Rollstuhl abhängigen Mann in Potsdam bei der Fertigstellung einer Veröffentlichung zu helfen. Nötig wären Computerkenntnisse (Textverarbeitung) und Interesse an einem populärwissenschaftlichen Wörterbuch sowie etwas Zeit. Bei Interesse bitte melden im Bürgerbüro von Anita Tack, Dortustraße 53, Tel.: 0331 86739492, e-mail: anita.tack@dielinke-brandenburg.de

Klaus-Uwe Gunold

Entsorgungstermine zu Weihnachten und zum Jahreswechsel

Aufgrund der Feiertage weichen die Entsorgungstage für Restabfall, Altpapier und Leichtverpackungen von den üblichen Touren ab. Neben der üblichen Regelung, bei der die Entsorgungstouren nachgefahren werden, müssen zudem auch einige Entsorgungstouren vorgezogen werden. Bitte beachten Sie die neuen Entsorgungstermine: 22.; 24.; 27.; 28.; 29. Dezember sowie 2.; 3.; 4. und 5. Januar. Ab Montag, den 07. Januar 2013 erfolgt die Abfallentsorgung wieder im üblichen Leerungsrhythmus.

Termine für die Weihnachtsbaumentorgung

Auch 2013 holt die STEP GmbH Ihre Weihnachtsbäume wieder gesondert ab. Damit die Bäume problemlos verwertet werden können, ist sämtlicher Weihnachtsschmuck zu entfernen.

Im Auftrag der Landeshauptstadt Potsdam werden die Bäume in den jeweiligen Stadtgebieten an den nachfolgend genannten Terminen eingesammelt:

Zentrum Ost, Berliner Vorstadt, Jägervorstadt (nördl. Hegelallee), Nauener Vorstadt und Klein Glienicke: 02. 16. und 31. Januar. **Groß Glienicke, Neu Fahrland und Marquardt:** 03. und 17. Januar. **Kirchsteigfeld, Babelsberg (östl. Bahnstrecke Drewitz):** 04. und 18. Januar. **Bornim, Bornstedt, Eiche und Golm:** 07. und 21. Januar. **Stadtzentrum, Potsdam-West, Kiewitt:** 08. und 22. Januar. **Fahrland, Paaren, Uetz und Satzkorn:** 09. und 23. Januar. **Sacrow, Krampnitz, Kartzow, Babelsberg (nördl. R.-Breitscheid-Str.):** 10. und 24. Januar. **Grube, Nattwerder, Schlänitzsee, Babelsberg (südl. R.-Breitscheid-Str.):** 11. und 25. Januar. **Stern und Drewitz:** 14. und 28. Januar sowie **Waldstadt I und II, Schlaatz, Teltower Vorstadt, Templiner Vorstadt und Hermannswerder:** 15. und 29. Januar 2013.

Die Weihnachtsbäume sollten zusammen mit den Bäumen der Nachbarn am Abholtag bis spätestens 6 Uhr, frühestens ab 18 Uhr des Vortages, auf einen Stapel in Fahrbahnnahe zur Abholung bereitgelegt werden. Vielen Dank.

Für Fragen steht Ihnen die Abfallberatung unter der Telefonnummer 0331 289-1796 gern zur Verfügung.

Sudoku

				9	3			6
		3	1			8	5	
6		2	7					
					2	4		
	4	7		3		5	8	
	8	9						
				5	3			8
	6	8			7	9		
3			6	1				

1	8	4	5	7	6	9	2	3
9	5	7	4	2	3	8	1	6
6	3	2	1	8	9	7	4	5
5	7	6	2	1	8	4	3	9
8	4	1	3	9	7	5	6	2
2	9	3	6	4	5	1	8	7
7	1	9	8	6	2	3	5	4
4	6	5	7	3	1	2	9	8
3	2	8	9	5	4	6	7	1

Auflösung
November

tips & termine • tips & termine • tips & termine • tips & termine • tips & termine

Donnerstag, 04.12.2012, 14.30 Uhr:

„Spiel mir eine alte Melodie ...“ Jeder Jahrgang hat seinen Wein und seine Lieder – die schönsten Schlager zum Raten und Wünschen. Ein musikalischer Nachmittag zum Raten, Wünschen, Mitsingen und Tanzen oder einfach nur zum Zuhören. *

Mittwoch, 05.12.2012, 15.00 Uhr:

Sitzung Stadtverordnetenversammlung mit Einwohnerfragestunde. Stadthaus, Plenarsaal, Friedrich-Ebert-Straße 79/81

Sonntag, 09.12.2012, 10.00 Uhr:

Frühschoppen „Rathausreport live“ im Haus der Begegnung, Zum Teufelssee 30, Waldstadt II

Montag, 10.12.2012, 14.30 Uhr:

„Im Farbenrausch: Die vier Jahreszeiten“. Ein Spaziergang in Bild und Ton durch die vier Jahreszeiten. Ob Frühlingserwachen, Sommerhitze und Sommerfreuden, der Herbst mit seinen leuchtenden Farben oder eisige Winterkälte mit ihren bizarren Erscheinungsformen in der Natur - sie alle haben ihren eigenen Charme und Liebreiz. Ein Diavortrag in Überblendtechnik mit Walter Heller. *

Mittwoch, 12.12.2012, 18.00 Uhr:

Die Rotfuchs-Regionalgruppe Potsdam lädt alle Mitglieder, Rotfuchsleser- und Freunde zur öffentlichen Mitgliederversammlung in das Haus der LINKEN, Alleestraße 3, ein.

Donnerstag, 13.12.2012, 14.00 Uhr:

„Frohe Weihnacht“. Weihnachtsfeier mit einem literarisch-musikalischen Programm von und mit Manfred Bischoff, mit Kaffee und Kuchen, einem Gläschen Wein und kleinen Überraschungen, aber vor allem mit Weihnachtsliedern und festlicher Musik zum Mitsingen und Tanzen. (Anmeldung bitte bis 10.12.12) *

Freitag, 14.12.2012, 08.00 – 12.00 Uhr:

Ausgabe Rathausreport Nr. 9/2012, Stadthaus, Raum 3.107, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Freitag, 14.12.2012, ab 14.00 Uhr:

Info-Stände in den Stadtteilen

Sonabend, 15.12.2012, ab 10.00 Uhr:

Info-Stände in den Stadtteilen

Sonabend, 15.12.2012:

Gesamtmitgliederversammlung zur Wahl des/der BundestagskandidatIn. Ort: UCI Potsdam Hauptbahnhof

Montag, 17.12.2012, 14.30 Uhr:

„Eine Reise in die Tropfsteinhöhle von Ljubljana/Slowenien“. Eine interessante Video-Reise mit Karl Kreuz nach Slowenien und nach Polen. *

Dienstag, 18.12.2012, 14.30 Uhr:

Potsdamer Stadtgespräche: „Historisches und Aktuelles“. Eine heitere und nachdenkliche Vortrags- und Gesprächsreihe mit Dr. Herbert Schlomm aus Zentrum-Ost. *

* Seniorenzentrum der Dahlweid-Stiftung, Edisonallee